

200.000 ha bislang ungenutzten Landes erzeugt werden. Auf etwa 75 Farmeinheiten, deren Größe sich zwischen 1.000 und 10.000 ha bewegt, wird eine Oberflächenentwässerung durchgeführt; ferner werden Zufahrtswege gebaut.

Wie die Bank ferner mitteilte, werden moderne Farmmaschinen, darunter 500 Traktoren und 200 Mährescher, eingeführt, um die Farmtechniken zu verbessern. Das Projekt im Werte von 271 Mio.\$ wird auch dazu beitragen, die von der Regierung gewünschte Modernisierung der Mechanisierung durch Bereitstellung von Farmmanagern, Maschinisten und Technikern zu unterstützen. Das Weltbank-Darlehen hat eine Laufzeit von 20 Jahren mit einer zinsfreien Periode von 5 Jahren. Die Zinsrate ist an die Kosten gebunden, die der Bank selbst beim Beschaffen des Geldes entstehen. Der IDA-Kredit läuft 50 Jahre mit einer zinsfreien Periode von 10 Jahren; Zinsen werden dafür nicht erhoben, nur eine geringe jährliche Schuldendienstgebühr. (XNA, 21.4.83)

-lou-

(5)
"Nur nicht den Mut verlieren": China fordert die OPEC-Staaten zu "konzertierten Aktionen" und zur Einheit auf

Drei Ursachen, nämlich die Einschränkung des Konsums in den Verbraucherländern, des weiteren die Ausweitung der Produktion bei den Erzeugerländern und die Wirtschaftskrise im Westen, sind nach chinesischer Auffassung dafür ursächlich gewesen, daß auf dem Weltmarkt eine Ölschwemme entstand, die Preiseinbrüche und momentane Streitigkeiten im Ölkartell der OPEC zur Folge hatten. Eine vierte Ursache wird am Rande noch miterwähnt, nämlich die eigensüchtige Preissenkung durch Großbritannien und vor allem durch die Sowjetunion, die auf das OPEC-Lager zurückgeschlagen habe.

China spricht den OPEC-Staaten Mut zu. Es handle sich bei der Krise nur um ein "vorübergehendes Phänomen". Langfristig sei der Vorteil allemal auf Seiten der erdölproduzierenden Länder; denn Öl bleibe in den nächsten zwei oder drei Jahrzehnten das "industrielle Blut des Westens"; 70% der Welt-Erdölreserven lägen in Mittelosten, Afrika und Lateinamerika. Der Tiefpunkt werde schon bald überwunden sein (XNA, 11.3.83).

Die OPEC werde die stärkste Organisation der Rohmaterialprodu-

zierenden Staaten in der Dritten Welt bleiben. Sie wurde vor 23 Jahren gegründet und setzte sich 1973 "gegen den Willen der westlichen Monopolfinanzgruppen durch, indem sie den Erdölpreis drastisch heraufsetzte und seitdem den Preis für Erdöl diktierte".

Manche Beobachter hätten den inzwischen eingetretenen Rückschlag schadenfroh zur Kenntnis genommen und der OPEC eine düstere Zukunft vorausgesagt; angesichts dieser Situation gebe es nur ein Heilmittel, nämlich die Einigkeit zwischen den OPEC-Mitgliedern. Der Schlüssel liege bei "konzertierten Aktionen" (RMRB, 17.3.83).

-we-

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(6)
Die Volkszeitung zur "Moral des westlichen Journalismus"

Die chinesische Regierung hatte schon häufig Gelegenheit, sich über Verzerrungen der chinesischen Wirklichkeit durch westliche Medien zu beschweren. Einigen Journalisten wurde deshalb auch das Agrément entzogen.

In einer Ausgabe der Volkszeitung (RMRB, 22.3.83) macht sich nun Zhang Yunwen Gedanken über die "journalistischen Werte" der westlichen Berichterstattung im allgemeinen, indem er zwei Fälle aus der amerikanischen und britischen Berichterstattung heranzieht und daraus generelle Schlüsse auf den westlichen Journalismus überhaupt zieht.

Am Abend des 5. März 1983 hätten Millionen von Amerikanern einen Mann bei dem Versuch beobachten können, sich selbst zu verbrennen. Es habe sich dabei um einen Arbeitslosen aus Jacksonville in Alabama gehandelt, der dem lokalen Fernsehen seine Suizidabsicht vorher angekündigt habe.

Zahlreiche Zuschauer hätten sich gefragt, warum die beiden Kameramänner dem Unglücklichen nicht geholfen hätten, statt ihn bei seiner Selbstverbrennung zu filmen. Die Antwort des Kameramanns Simmons habe gelautet: "Meine Aufgabe besteht darin, die Ereignisse so aufzuzeichnen, wie sie sich ereignen." Die lokale Fernsehanstalt habe sich dabei hinter ihren Kameramann gestellt.

Ein anderer Fall habe sich in der britischen Presse ereignet, und zwar i.J. 1981, als eine Zeitung

sich nicht scheute, von dem berühmtesten "Yorkshire Ripper" für hohe Geldsummen Mörderberichte anzukaufen.

In beiden Fällen habe sich die "wahre Natur der journalistischen Ethik" enthüllt. Die Verzweiflungstat eines Arbeitslosen und die grauenhaften Einzelheiten eines Mörders seien als willkommene Anlässe zum Geldverdienen ausgeschlachtet worden. "Darin genau liegen ihre journalistischen Werte" - heißt es zum Abschluß dieses RMRB-Kommentars.

-we-

INNENPOLITIK

(7)

Li Desheng für Reformen und gegen "linkes" Gedankengut

Der Kommandeur der Militärregion Shenyang, das Politbüro-Mitglied Li Desheng, hat sich im April 1983 in einem äußerst bemerkenswerten Artikel hinter den von der Deng-Fraktion verfochtenen Reformkurs gestellt und in ungewöhnlicher Eindringlichkeit die Bekämpfung "linken" (d.h. maoistischen; Anm. d. Verf.) Gedankenguts innerhalb der Armee gefordert. Li veröffentlichte sein Bekenntnis zum Reformprogramm in der April-Ausgabe der Liaoning-Zeitschrift "Theorie und Praxis" unter dem Titel "Mit der Beseitigung 'linker' ideologischer Einflüsse fortfahren und energisch eine neue Lage des Truppenaufbaus schaffen". Sofort nach Erscheinen zog das ZK-Organ "Volkszeitung" am 13. April 1983 mit einem vollständigen Abdruck nach. Soweit bekannt, ist dies das erste Mal, daß der 67jährige Li Desheng derart unmißverständlich für den neuen Kurs der Parteizentrale Stellung genommen hat. Möglicherweise haben die Säuberungen innerhalb der VBA-Führung Ende 1982 Li dazu bewogen, eindeutig für den antimaoistischen Kurs der Deng-Fraktion Stellung zu nehmen, um nicht auch zum Ziel politischer Angriffe zu werden. Li Desheng übte damit indirekt Selbstkritik, da er in seinem Artikel Positionen angriff, die er von 1967 bis 1977 selbst aktiv vertreten hatte. Die vehemente Kritik an "linkem" Gedankengut innerhalb der VBA und die eindringliche Forderung nach Armeereformen vermitteln jedoch den Eindruck, als stehe der Verfasser an der vordersten Reformfront - ein zweifellos kluger politischer Schachzug nach dem Motto "Angriff ist die beste Art der Verteidigung". Für das große politische Geschick des Generalmajors spricht auch, daß Li der ein-

zige unter den Kommandanten der elf Militärregionen ist, der seinen Posten noch zu Lebzeiten Maos antrat. Li hatte während der Kulturrevolution durch seine Unterstützung der maoistischen Fraktion eine steile politische Karriere genommen - von 1973 bis 1977 war er sogar stellv. KPCh-Vorsitzender gewesen.

Li Desheng betont in seinem o.g. Artikel, daß es für den angestrebtsten Neuaufbau der Truppe zualtererst notwendig sei, die Reihen der VBA vom Einfluß der "linken" Ideologie zu befreien. Diese "falsche" Ideologie sei innerhalb der Armee tief verwurzelt, und man dürfe sie daher in ihrer Gefährlichkeit nicht unterschätzen. Die Hauptgefahr komme nämlich von "links" und nicht von "rechts", und deshalb müsse der Schwerpunkt der politischen Arbeit auf die Bekämpfung von Linkstendenzen gelegt werden. Hierfür habe es bisher jedoch an genügend Geschlossenheit gemangelt.

Li kritisierte "einige unserer Genossen", die "nur Interesse an der Verurteilung von Rechtstendenzen haben". Sie hätten nur "linkes" Gedankengut im Kopf und würden mit diesem Instrumentarium sowohl "rechtes" als auch "richtiges" angreifen. Li gab hierfür vier interessante Beispiele aus der jüngsten Parteigeschichte:

- Angesichts des Auftauchens der "Mauer der Demokratie" in Beijing hätten "einige Genossen" Anfang 1979 die Richtigkeit der Diskussion über das Kriterium der Wahrheit und die Korrektheit der Parole der "Befreiung des Denkens" in Zweifel gezogen.

- Als Anfang 1980 die Leute begannen, Schlager zu singen, zu tanzen und Hosen mit weitem Schlag ("Trompetenhosen") zu tragen, hätten "einige Genossen" die aus der Anti-Rechts-Bewegung (1957/58) stammende Forderung unterstützt, "die proletarische Ideologie zu fördern und die kapitalistische Ideologie zu vernichten" (s. auch C.a., Oktober 1980, S.861).

- Als 1981 das Drehbuch "Bittere Liebe" kritisiert wurde, hätten "einige Genossen" die Ansicht vertreten, daß auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur die Diktatur ausgeübt werden müsse.

- Als dann schließlich 1982 die Bekämpfung schwerwiegender Wirtschaftsverbrechen eingeleitet wurde, hätte "einige Genossen" behauptet, daß diese Probleme

durch die Politik der Öffnung gegenüber dem Ausland und durch die binnenwirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen entstanden seien und daß man deshalb zum Klassenkampf als Leitideologie zurückkehren müsse.

Vor dem Hintergrund dieser Vorkommnisse betont Li Desheng die Notwendigkeit einer tiefgreifenden und systematischen Bekämpfung der "linken" Ideologie auf allen Gebieten. Da der Maoismus (Li benutzt die parteioffizielle Verschleierungsformel "'linke' Ideologie") über einen sehr langen Zeitraum hinweg Gültigkeit gehabt und selbst in die Parteistatute und die Verfassungstexte Eingang gefunden habe, sei eine intensive wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dieser "falschen" Ideologie unumgänglich. Mit verschiedenen Propagandamitteln und Erziehungsmethoden müsse der Maoismus derart diskreditiert werden, daß auch die Nachkommen vor der Wiederholung "linker" Fehler gefeit seien.

Li Desheng zufolge ist der Einfluß des Maoismus innerhalb der VBA stärker verbreitet als anderswo. Die "linke" Ideologie sei nicht nur verantwortlich für eine Reihe von politischen Fehleinschätzungen, sondern auch für die Schwächung der Kampfkraft der VBA in der Vergangenheit. Um die Armee vom Einfluß des Maoismus völlig zu befreien und sie politisch in Einklang mit der Parteizentrale zu bringen, sei "noch eine Menge Arbeit erforderlich". Politische Bekenntnisse würden hierfür nicht ausreichen - entschlossenen Handeln sei vielmehr unabdingbar. Wie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche müsse auch die Armee einer Reform unterzogen werden, um den Erfordernissen einer allseitigen Modernisierung gerecht werden zu können.

(8) Arbeitsgruppe für Strukturreform gebildet

Auf Beschluß des ZK-Sekretariats ist Anfang April 1983 die "Arbeitsgruppe für die Strukturreform der zentralen Partei- und Staatsorgane" ins Leben gerufen worden. Den Hintergrund für diesen Schritt bilden offenbar erhebliche Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der bereits Ende 1981 eingeleiteten "Strukturreform" der zentralen Partei- und Staatsbürokratie: Obwohl die neuen, z.T. erheblich gekürzten Stellenpläne für die einzelnen Organe inklusive der ihnen unterstehenden Abteilungen bereits seit langem beschlossene Sache sind, ist in einer Reihe von Organen die Zahl

der Mitarbeiter immer noch nicht gesenkt worden. In einzelnen Behörden hat die Zahl der Mitarbeiter sogar zugenommen. Das Kompetenzwirrwarr und die niedrige Arbeitsleistung innerhalb der Bürokratie sollen nach wie vor nicht entscheidend behoben worden sein. In einer Erklärung warnte der Leiter der "Arbeitsgruppe", der 73jährige Gu Zhuxin, vor einem Stillstand der "Strukturreform". (RMRB, 3.4.83)

(9) IV.KPCh-Kongreß der Provinz Jilin

Der IV.Kongreß der KPCh-Organisation der Provinz Jilin fand Ende März in der Provinzhauptstadt Changchun statt. Die Parteitage delegierten wählten

- 51 Mitglieder und 15 Kandidaten des Provinzparteikomitees,
- eine 39köpfige Beraterkommission und
- 34 Mitglieder der Disziplinungskontrollkommission der Provinz Jilin.

Im Anschluß an den Provinzparteitag traten die drei neugewählten Organe zu ihren ersten Plenartagungen zusammen und wählten ihre Führungsgremien. Dabei wurde Qiang Xiaochu in seinem Amt als 1.Parteisekretär der Provinz Jilin bestätigt. (Radio Jilin, 28. und 30.3.83, nach: SWB, 4.4.83; Radio Jilin, 10.4.83, nach: SWB, 13.4.83)

(10) VI.KPCh-Kongreß der Provinz Qinghai

Der VI.Kongreß der KPCh-Organisation der Provinz Qinghai fand vom 4.-9.April 1983 in der Provinzhauptstadt Xining statt. An dem Provinzparteitag nahmen 468 Abgeordnete und 31 Ersatzdelegierte teil. Die Parteitage delegierten wählten

- 41 Mitglieder und 11 Kandidaten des Provinzparteikomitees,
- eine 34köpfige Beraterkommission und
- 35 Mitglieder der Disziplinungskontrollkommission der Provinz Qinghai.

Im Anschluß an den Provinzparteitag traten die drei neugewählten Organe zu ihren ersten Plenartagungen zusammen und wählten ihre Führungsgremien. Zhao Haifeng, Huang Jingbo und Ma Wanli wurden zu "Sekretären" des Provinzparteikomitees gewählt - aus dieser offiziell genannten Reihenfolge der Namen kann geschlossen werden, daß Zhao Haifeng wahrscheinlich der oberste Parteiführer der Provinz Qinghai ist. (RMRB, 13.4.83; Radio Qing-

hai, 4.4.83, nach: SWB, 8.4.83; Radio Qinghai, 9.4.83, nach: SWB, 13.4.83)
-sch-

(11) VI.KPCh-Kongreß der Provinz Shaanxi

Der VI.Kongreß der KPCh-Organisation der Provinz Shaanxi fand vom 14.-17.April 1983 in der Provinzhauptstadt Xi'an statt. Die Parteitage delegierten wählten das Parteikomitee, die Beraterkommission und die Disziplinungskommission der Provinz Shaanxi. Im Anschluß an den Provinzparteitag traten die drei neugewählten Organe zu ihren ersten Plenartagungen zusammen und wählten ihre Führungsgremien. Dabei wurde Ma Wenrui in seinem Amt als 1.Parteisekretär von Shaanxi bestätigt. (Xinhua, 18.4.83, nach: SWB, 22.4.83)
-sch-

(12) Provinzvolkskongresse wählten neue Provinz führungen

Bis Anfang Mai 1983 sind in allen 29 Provinzen, Autonomen Gebieten und regierungsunmittelbaren Städten die neugewählten Volkskongresse zu ihren 1.Tagungen zusammengetreten und haben die Regierungschefs auf Provinzebene und deren Stellvertreter sowie ihre Ständigen Ausschüsse und deren Vorsitzende gewählt. Wie umfangreich die personellen Veränderungen in den Provinzführungen gewesen sind, läßt sich an der Tatsache ablesen, daß seit dem XII.Parteitag im September 1982 in 24 der 29 Provinzeinheiten neue Regierungschefs an die Macht kamen - lediglich in 5 Provinzen wurde der bereits vor dem XII.Parteitag amtierende Provinzgouverneur in seinem Amt bestätigt.

Ähnlich umfangreich waren auch die Veränderungen im Amt des Vorsitzenden der Ständigen Ausschüsse der Provinzvolkskongresse: In 22 der 29 Provinzeinheiten gab es auf diesem Posten seit dem XII.Parteitag eine personelle Neubesetzung. Im Vergleich hierzu waren die zuvor erfolgten personellen Veränderungen an der Spitze der Provinzparteführungen bescheiden: In "nur" 10 Provinzen wurde seit dem XII.Parteitag ein neuer Parteichef ("Sekretär") berufen (s. hierzu C.a., März 1983, Ü 18). Die umfangreichen personellen Veränderungen an der Spitze der Regierungen und Volkskongresse der Provinzen sind in der Tabelle "The Main Leadership of the PRC" im engli-

schon Teil dieses Heftes wieder gegeben.

-sch-

(13) Erster weiblicher Provinz- gouverneur in der Ge- schichte der VR China

In der wirtschaftlich erfolgreichsten Provinz Chinas, Jiangsu, wurde Frau Gu Xiulian am 29.April 1983 zum ersten weiblichen Provinzgouverneur der Volksrepublik China gewählt. Die 46jährige Bauerntochter, die aus Jiangsu stammt, begann ihre steile Karriere 1970, als sie im Alter von 33 Jahren in die Führung des Zentralen Planungsapparates aufstiege. Im Oktober 1973 konnte sie als stellv. Vorsitzende der Zentralen Staatlichen Planungskommission erkannt werden - einen Posten, den sie neun Jahre lang behielt. Im August 1977 wurde Frau Gu Xiulian auf dem XI.Parteitag der KPCh zur ZK-Kandidatin gewählt. Auf dem XII.Parteitag im September 1982 stieg die erfolgreiche Wirtschaftsplanerin zum Vollmitglied des Zentralkomitees auf. Wahrscheinlich erst nach dem XII.Parteitag wurde Gu Xiulian als stellv. Sekretärin des Provinzparteikomitees in ihre Heimatprovinz Jiangsu berufen.

-sch-

(14) Sohn Ye Jianyings wurde Bürgermeister von Guangzhou

Ye Xuanping, ein Sohn des greisen Marschalls Ye Jianying, ist auf der 12.Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII.Volkskongresses der Stadt Guangzhou am 27.April 1983 zum "amtierenden" Bürgermeister der Stadt ernannt worden. Die Neubesetzung des Bürgermeisteramtes war notwendig geworden, nachdem der bisherige Bürgermeister Liang Lingguang auf der 1.Tagung des VI.Volkskongresses der Provinz Guangdong zum Gouverneur der Provinz gewählt worden war. (Radio Guangdong, 27.4.83, nach: SWB, 30.4.83)

-sch-

(15) Guomindang-Spione ver- haftet

Die chinesischen Sicherheitsbehörden gaben im April 1983 die Verhaftung von insgesamt 12 Guomindang-Spionen bekannt:

- In Beijing wurde der 56jährige Li Jiaqi zusammen mit zwei Komplizinnen verhaftet. Li hatte bereits von 1947 bis 1975 eine 28-jährige Haftzeit wegen Spionage für die Guomindang abgesessen. (RMRB, 6.4.83; XNA, 5.4.83)

- In Tianjin wurden sieben Mitglieder eines GMD-Spionagerings inhaftiert. (RMRB und XNA, 25.4.83)

- In Guangzhou wurden zwei aus Hongkong eingereiste Guomindang-Agenten gefaßt, die am Guangzhou-Hotel ein "konterrevolutionäres" Spruchband angebracht hatten (XNA, 2.4.83).

Im März 1983 waren in der Stadt Wuzhou (Autonomes Gebiet Guangxi) zwei Guomindang-Spione zu sieben bzw. drei Jahren Haft verurteilt worden. (Radio Guangxi, 3.3.83, nach: SWB, 19.3.83)
-sch-

(16) Romtreue katholische Priester zu hohen Haftstrafen verurteilt

Vier ältere katholische Priester, die sich zur obersten Autorität des Papstes bekennen, sind im März 1983 in Shanghai zu z.T. extrem hohen Haftstrafen verurteilt worden. Den Geistlichen wurde vorgeworfen, mit dem Ausland kollaboriert, geheimes Material gesammelt, subversive Aktivitäten unternommen und die Souveränität und Sicherheit des Staates bedroht zu haben. Tatsächlich wurden die vier Priester, die dem Jesuitenorden angehören, wahrscheinlich wegen ihrer Weigerung bestraft, ihre Beziehungen zu Rom abzubrechen und statt dessen mit der von der KP Chinas fremdbestimmten "Patriotischen Vereinigung der chinesischen Katholiken" zusammenzuarbeiten. Die Geistlichen waren bereits im November 1981 zusammen mit dreizehn weiteren katholischen Priestern und Laien in Shanghai verhaftet worden. Im einzelnen handelt es sich um folgende Personen:

- Vincent Zhu Hongshen (68) wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Vincent Zhu ist ein in Frankreich, Irland und in den USA ausgebildeter Ordenspriester. Der Jesuit kehrte 1947 nach China zurück, wurde 1955 verhaftet und erst 1960 zu 15 Jahren Haft verurteilt. Nach seiner Freilassung im Jahre 1979 lebte Vincent Zhu Hongshen bei seinem Bruder in Shanghai. Am 19.November 1981 wurde er erneut als "Konterrevolutionär" verhaftet.

- Joseph Chen Yuntang (74) wurde zu 11 Jahren Haft verurteilt. Zhen war bereits 1955 zum ersten Mal verhaftet und 1960 zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Erst 1978 durfte er nach Shanghai zurückkehren. Am 19.November 1981 wurde er erneut als "Konterrevolutionär" verhaftet.

- Etienne Chen Caijun (65) wurde zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Er war 1958 zum ersten Mal verhaftet und erst 1979 aus der Haft entlassen worden. Am 19. November 1981 wurde er erneut als "Konterrevolutionär" verhaftet.

- Stanislas Shen Baishun (80) wurde zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Er war 1958 zum ersten Mal verhaftet und erst 1979 aus dem Beimaoling-Arbeitslager in der Provinz Anhui entlassen worden. Am 6. Mai 1980 war er wieder verhaftet worden, weil er die "Produktion beeinträchtigt" haben soll: Pater Shen hatte eine Pilgerfahrt zu einem berühmten Marienaltar in der Nähe von Shanghai organisiert, an der 3.000 Menschen, darunter vor allem berufstätige Fischer, teilgenommen hatten. Im Mai 1980 wurde der herzkranke Pater erneut in das Baimaoling-Arbeitslager gebracht. 1981 durfte er nach Shanghai zurückkehren, um sich medizinisch behandeln zu lassen. Am 19. November 1981 wurde Pater Shen erneut als "Konterrevolutionär" verhaftet.

Über das Schicksals der anderen 13 Katholiken, die ebenfalls im November 1981 verhaftet worden waren, ist näheres nicht bekannt. Es handelt sich u.a. um:

- Thaddeus Cai Liangshen (Mitte 60)
- Fu Hezhou (71)
- George Huang Huaquan (Mitte 60)
- Stanislaus Yan Yunliang (Mitte 60)
- Matthew Zhang Xibin (74)
- Matthew Zhu Lide (50)
- Joseph Zhu Yude (52)
- Francis Xavier Wang Chuhua (62)
- Francis Zhu Shude (70).

Sie sind wahrscheinlich nach wie vor in Haft. Alle genannten romtreuen katholischen Geistlichen waren bereits in den 50er Jahren verhaftet und erst 1978/79 wieder freigelassen worden - sie alle haben also schon mindestens 20 Jahre ihres Lebens in Gefängnissen und Arbeitslagern verbracht. Im Gefängnis bzw. im Arbeitslager ist auch nach wie vor der noch vom Papst ernannte Bischof von Shanghai, Ignatius Gong Pingmei. Der heute über 80jährige Bischof war am 8. September 1955 wegen "konterrevolutionärer Aktivitäten" verhaftet und am 17. März 1960 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Das kommunistische Regime in Beijing lehnt die oberste Autorität des Papstes über die chinesischen Katholiken strikt ab und läßt le-

diglich eine von Rom unabhängige Kirchenführung zu. Zu diesem Zweck war 1957 auf Initiative der KP Chinas die "Patriotische Vereinigung der Chinesischen Katholiken" als nationale Kirchenführung der chinesischen Katholiken gegründet worden. Im Juni 1980 wurde eine weitere nationale Organisation der vom Heiligen Stuhl unabhängigen katholischen Kirche Chinas gebildet: die "Nationale Verwaltungskommission der Katholischen Kirche Chinas", die sich aus 105 Mitgliedern zusammensetzt und der ein Bischofskollegium aus 33 Bischöfen vorsteht. Die eigentliche Führung über die "unabhängige" katholische Kirche Chinas liegt jedoch nicht bei den genannten zwei nationalen Organisationen und ihren Führungsgremien, sondern beim Amt des Staatsrats für Religiöse Angelegenheiten bzw. beim Büro für Religionen innerhalb der Einheitsfrontabteilung des Zentralkomitees der KP Chinas. Angesichts der kommunistischen Fremdbestimmung der offiziellen katholischen Kirche Chinas und aufgrund der brutalen Unterdrückung und Verfolgung großer Teile der chinesischen Katholiken seit Ende der 50er Jahre ist es wenig verwunderlich, daß heute noch viele chinesische Katholiken eher dem Papst denn der Kommunistischen Partei im Glauben die Treue halten. Diese vatikantreuen chinesischen Katholiken werden von der Kommunistischen Parteiführung als "in religiösen Kreisen verborgene Konterrevolutionäre" bezeichnet, "die dem Willen des Vatikans folgen, kriminelle Aktivitäten gegen China und das chinesische Volk begehen und versuchen, die Unabhängigkeit der chinesischen Kirchen zu unterminieren". (XNA, 13.12.81, nach: SWB, 17.12.81)

Auf einer Feier zum 25. Jubiläum der Gründung der "Patriotischen Vereinigung der Chinesischen Katholiken" am 23. April 1983 in Beijing stellte ZK-Sekretär Xi Zhongxun noch einmal die grundsätzliche Position der KP Chinas in Bezug auf die Unabhängigkeit der katholischen Kirche Chinas gegenüber dem Vatikan klar. Xi forderte die chinesischen Katholiken unmißverständlich auf, "unabhängig zu bleiben und der Regierung bei der Verwirklichung der Politik der Religionsfreiheit zu helfen". (XNA, 25.4.83)

Auf die Besonderheiten der KPCh-Politik der "Religionsfreiheit" hatte der frühere langjährige Chef der ZK-Einheitsfrontabteilung und heutige stellv. Vorsitzende der ZK-Beraterkommission, Li Weihai, bereits i.J. 1980 unmißverständlich hingewiesen:

"Wirkliche Religionsfreiheit kann nur unter der Diktatur des Volkes (d.h. der KP Chinas; Anm. d. Verf.) erreicht werden... Sie bedeutet den Schutz der Freiheit, Atheist zu sein, und Zurückdrängung anstatt Förderung des religiösen Glaubens." Daraus folgt: "Wenn in unserem Land die Politik der Religionsfreiheit richtig und überlegt ausgeführt wird, dann fördert das nicht den religiösen Glauben, sondern schwächt ihn." (in: Minzu Yanjiu, 1980/Nr. 2, S. 11, zit. nach: CNA, Nr. 1222 v. 18.12.81, S. 1 und 8. Weitere Quellen: Le Monde, 14.4.83; IHT, 3.5.83; amnesty international. Siehe auch C.a., Dezember 1981, Ü 21)

(17)

Wiederaufbau der Bewaffneten Volkspolizei abgeschlossen

Der organisatorische Wiederaufbau der Bewaffneten Volkspolizei (BVP) ist am 5. April 1983 mit der Einrichtung der BVP-Zentrale in Beijing abgeschlossen worden. Zuvor waren in allen 29 Provinzen, Autonomen Gebieten und regierungsunmittelbaren Städten die BVP-Hauptquartiere auf Provinzebene etabliert worden. Der Wiederaufbau der BVP als eine den zivilen Sicherheitsbehörden unterstehende Truppe zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens war - wahrscheinlich im Anschluß an den XII. Parteitag - vom Zentralkomitee (bzw. Politbüro), der ZK-Militärkommission und vom Staatsrat beschlossen worden. Vor der Kulturrevolution hatte es die Bewaffnete Volkspolizei (wörtlich übersetzt: "Bewaffnete Polizeistreitkräfte des Chinesischen Volkes" - Zhongguo Renmin Wuzhuang Jingcha Budui) bereits einmal gegeben. Vom Beginn der Kulturrevolution bis zum Jahre 1982 waren die allgemein auch als "Sicherheitstruppen" (gong'an budui) bezeichneten BVP-Verbände der Volksbefreiungsarmee (VBA) bzw. den Kommandaturen der 29 Provinz-Militärbezirke unterstellt. Die jetzt erfolgte Überstellung der inneren Sicherheitskräfte an die zivilen Sicherheitsbehörden läuft ohne Zweifel auf eine weitere Schwächung der Machtstellung der VBA und auf eine Stärkung des zivilen Sicherheitsapparats hinaus.

Die Bewaffnete Volkspolizei setzt sich aus folgenden Verbänden zusammen:

- den bewaffneten Polizeieinheiten,
- den Grenzschutzverbänden,
- der Feuerpolizei und
- den früheren VBA-Wachmannschaften.

Den BVP-Verbänden gehören sowohl Pflichtsoldaten (yiwubing) als auch Freiwillige (zhiyuanbing) an. Die Vorschriften und Bestimmungen der VBA gelten auch für die BVP, und die Angehörigen der BVP genießen die gleiche Behandlung wie die VBA-Soldaten. Die BVP-Uniform besteht aus einer grünen Jacke mit roten Abzeichen am Kragen, einer blauen Hose und einer grünen Mütze mit dem Nationalembem der Volksrepublik China.

Die Bewaffnete Volkspolizei hat folgende Aufgaben:

- Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bzw. Sicherung des inneren Friedens,
- Schutz von wichtigen Partei- und Regierungsinstitutionen,
- Schutz von anderen wichtigen öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. Verkehrs- und Transportanlagen und Industriebetriebe,
- Schutz der ausländischen Botschaften und Konsulate in China und
- Sicherung der Grenzen der VR China, darunter auch die Bekämpfung von Schmuggel und Spionage.

Die BVP-Zentrale untersteht dem Staatsrat (Zentralregierung) bzw. dem Ministerium für Öffentliche Sicherheit. Der Staatsrat ernennt die Führungskader der BVP-Zentrale, während das Ministerium für Öffentliche Sicherheit die BVP-Hauptquartiere auf Provinzebene personell besetzt. Kommandeur der BVP-Zentrale wurde der frühere stellv. Kommandant des Militärbezirks Beijing, Li Gang. Höchster Politkommissar und gleichzeitig oberster Dienstherr der BVP ist der Minister für Öffentliche Sicherheit, Zhao Cangbi. Die Führung der BVP durch die zivilen Sicherheitsorgane wird auch daran deutlich, daß die Direktoren der Ämter für Öffentliche Sicherheit auf Provinzebene gleichzeitig die obersten Politkommissare der Provinzhauptquartiere der Bewaffneten Volkspolizei sind.

Die I.Arbeitstagung der Bewaffneten Volkspolizei fand vom 19.-27.April in Beijing statt. Höchster Parteivertreter auf dieser Tagung war ZK-Sekretär Chen Pixian, der innerhalb des ZK-Sekretariats offenbar u.a. für Fragen der öffentlichen Sicherheit zuständig ist. (RMRB, 6.3.83, 6.4.83, 27.4.83; XNA, 5.3.83, 5.4.83, 28.4.83; diverse Rundfunkmeldungen, nach: SWB)

-sch-

WISSENSCHAFT+AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

(18)

Kulturelles Erbe und sozialistische Moral

Auf der dritten Tagung der Historischen Gesellschaft, die vom 11. bis 16.April 1983 in Beijing stattfand und an der über zweihundert Historiker aus ganz China teilnahmen, standen folgende Themenbereiche auf der Tagesordnung: die führende Rolle des Marxismus in der historischen Forschung, das Verhältnis zwischen dem kulturellen Erbe Chinas und der Entwicklung einer sozialistischen Ethik sowie theoretische Probleme bezüglich des Patriotismus (GMRB und XNA, 12.4.83).

Bemerkenswert ist vor allem, welche Antworten die Historiker hinsichtlich des Verhältnisses von traditioneller und sozialistischer Moral fanden. Grundsätzlich sprachen sie sich dafür aus, daß die sozialistische Ethik, die sich auf die kommunistische Ideologie gründet, aus der chinesischen Ethik, wie sie sich in Jahrtausenden herausgebildet habe, zu entwickeln sei. Viele moralische Qualitäten, die der chinesische Staat im Laufe der Geschichte propagiert habe, wie z.B. das Opfern eigener Interessen für andere, könnten durchaus Teil der sozialistischen Ethik sein, wenn sie von sozialistischer Ideologie erfüllt seien. Tian Changwu vom Historischen Institut der Akademie der Sozialwissenschaften vertrat die These, daß es in der chinesischen Geschichte nicht nur Autokratie, sondern auch Demokratie gegeben habe. Die altchinesische demokratische Tradition, so meinte er, dürfe beim Aufbau der sozialistischen Demokratie nicht außer acht gelassen werden. Namentlich führte er Menzius an, der in der demokratischen Überlieferung des chinesischen Altertums stehe. Zugleich betonten die Historiker, daß man dem historischen Erbe kritisch gegenüberzutreten müsse. So könne z.B. die "feudale Konzeption" der kindlichen Ehrfurcht nur für die sozialistische Ethik übernommen werden, wenn man darunter Respekt für die Alten verstehe. Wenn man darunter aber verstehe, daß Männer den Frauen überlegen seien und daß man dem Kaiser und dem Familienoberhaupt zu gehorchen habe, dann müsse diese Konzeption kritisiert werden (XNA, 18.4.83).

Ähnlich wie in den fünfziger Jahren und Anfang der sechziger Jahre hat man in China seit Maos Tod eine durchaus positive Hal-

tung zum historischen Erbe, allerdings unter der Voraussetzung der sog. "kritischen Übernahme" dieses Erbes. Erstaunlich ist jedoch, daß Menzius, der Schüler des Konfuzius, der in der Volksrepublik fast durchweg negativ beurteilt worden ist, neuerdings in so positivem Licht gesehen wird. Trotz aller Einschränkung historischer Forschung durch die Partei muß diese Bewertung als Ausdruck einer weitgehend liberalen Atmosphäre in der Wissenschaft angesehen werden.

-st-

(19)

Berufserziehung

Am 2.April 1983 endete eine vom Arbeitsministerium in Beijing einberufene nationale Konferenz über Berufserziehung. Auf der Konferenz wurde festgestellt, daß es um die Berufsausbildung in China allgemein sehr schlecht bestellt sei und daß ein großer Nachteil insbesondere sei, daß kein Zusammenhang zwischen den berufsausbildenden Einheiten und der Berufspraxis bestehe. Viele Berufsschulen, technische Schulen und Ausbildungskurse würden nicht den Anforderungen der Arbeitseinheiten genügen, und das bedeute eine große Verschwendung an Menschenkraft und an finanziellen und materiellen Mitteln. Deshalb faßte die Konferenz den Beschluß, daß von nun an Berufsausbildungsverträge eingeführt werden sollen und daß die Berufsausbildung den Anforderungen aller Berufssparten genügen sowie der staatliche Bedarf an Fachkräften befriedigt werden müsse (RMRB, 4.4.83). Wie Xinhua (2.4.83) bekanntgab, warten jährlich etwa 3 Millionen Schulabgänger mit mittlerer Reife oder Abitur in den städtischen Gebieten auf Arbeit. In diesem Jahr sollen 50 Prozent von ihnen eine Berufsausbildung erhalten. Bis zum Jahre 1986 soll dieses Programm so ausgebaut sein, daß allen arbeitslosen Jugendlichen eine Berufsausbildung zuteil wird.

Obwohl seit Jahren Bemühungen im Gange sind, das Berufserziehungssystem zu verbessern, scheint ein durchgreifender Erfolg bisher ausgeblieben zu sein. Die Regierung muß aus zweierlei Gründen an einer Lösung des Problems interessiert sein: Zum einen braucht der Staat in den staatseigenen Betrieben gut ausgebildete Fachkräfte, zum anderen stellen Jugendliche mit abgeschlossener Schulbildung, die keine weitere Ausbildung erhalten und keine Arbeit finden, ein Unruhepotential dar. Die Unzufriedenheit, die sich vor allem bei Jugendlichen, die nach dem Abi-